





**Handelt haben.** Unter Zweifel steht es nicht, daß die Betroffenen die bestmögliche Organe fromme Christen sind, welcher Art jedoch ihre Christentum ist, das haben sie durch die Tat bewiesen.

### Nur „erzieherische Einwirkungen“!

Wegen Mißhandlung Untergebener in 63 Fällen hatte sich der Sergeant der Infanterie Regim. Nr. 10 beim Kriegsgericht der Königl. Landwehrdivision in Berlin zu verantworten. Er, der früher bei der Kavallerie diente, ist heute in Berlin Polizeibeamter. Die Anklage legte ihm zur Last, im Jahre 1908 seine Untergebenen in 63 Fällen bei Ausübung des Dienstes mißhandelt zu haben. Eine besondere Vorlesung hatte der Angeklagte dafür, die Untergebenen mit dem Springstiel auf den Rücken und ins Gesicht zu schlagen. Bei den Mißhandlungen verletzten er den Vorgesetzten in zahlreichen Fällen derartige Schläge. Die Anklage enthält die Namen von nicht weniger als 25 Mannen, die mit dem Springstiel Besamtheit gemacht haben. Es wurden bei allen Mißhandlungen Rindfleisch angenommen, und die Anklage enthält in ganzen sechs Fälle. Hierzu kamen noch zwei Fälle, in denen der Angeklagte Untergebenen Ohrfeigen gab. Schließlich wurde ihm noch eine Mißhandlung, bei der er einen Untergebenen mit einer Gerte schlug, zur Last gelegt.

Es war in vollem Umfang gefällig. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß der Angeklagte nicht wie ein Subaltern vorgegangen sei, sondern daß er nur erzieherisch eingewirkt habe. Die Fälle der Mißhandlungen mit dem Springstiel wurden jedoch als vorstrafwürdige Veranlassungen angesehen und auf eine Gesamtstrafe von im ganzen 9 Tagen Gefängnis erkannt.

Das Gericht mußte etwas feststehende Vorstellungen über Pädagogik haben, wenn es in 63 körperlichen Mißhandlungen nur erzieherische Einwirkungen sieht.

### Deutsches Reich.

Die Nachwahl in Frankfurt-Ober, soll nun doch noch in diesem Jahre vorgenommen werden! Jetzt hat sich die Regierung endlich gnädig betätigt, indem der Termin der Nachwahl für den 15. September festgesetzt. Man glaubt, daß die Junter zu diesem Zeitpunkt die notwendigen Entwürfe hinter sich haben.

— **Gesetzliche und Reichsversicherungsordnung.** Der in Stuttgart tagende Deutsche Gesetzentwurf nahm zur Reichsversicherungsordnung eine Entschärfung ein, in der zwar anerkannt wird, daß der Entwurf eine keine Verbesserung enthalte, aber betont, daß der Gesetzentwurf bei der Unfallversicherung nicht zum Handelsstand gerechnet und dann in die Versicherung einbezogen werde. Ferner wird gegen die beabsichtigte Einschränkung der Versicherungs- und Oberversicherungsämter protestiert.

— **Die alte Ausrede.** Der Ausschuss der bayerischen Reichsratskammer hat die von der Zweiten Kammer dem Vergleich eingelegten Bestimmungen, für die über Tag arbeitsfähigen Bergarbeitern allgemein den Achtstunden Tag einzuführen, abgelehnt. Als Grund wurde angegeben, daß Bayern angesehener Arbeiter weniger entwickeln könnten. In dieser Frage nicht hindern vorgehen könne. Der Regierungsvortrag erklärte, Bayern würde mit Preußen, Sachsen und Oesterreich nicht mehr konkurrieren können; erst wenn Preußen die Arbeitszeit verkürzen würde, könnte die bayerische Regierung zu entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen die Hand bieten. — Ob wohl einer von den erkrankten und durchschlafenden Arbeitern die von dem Arbeiterverband für eine zu kurze Arbeitszeit hatten, schon jemals in seinem Leben acht Stunden körperliche Arbeit verrichtet hat? — Mit der abgelehnten Ausrede von der „Konkurrenzunfähigkeit“, hat man noch immer jedes Arbeitergeschick zu hintertreiben gesucht.

— **Vom Passenreigen.** Die selbstherrlich katholische Pfarrherren zuweilen in kleinen Gemeinden sich in die bürgerliche Verwaltung einmischen, davon hat so viele Beispiele bekannt, daß es sich kaum noch bedarf, davon noch als Notiz zu nehmen. Doch aber ein Pfarrer hat am Sonntag übergezogene Jantzen aufgestellt, dürfte doch tatsächlich nicht alle Tage vorkommen. Ein solcher Fall ereignete sich vor kurzem im Landkreis Solingen.

In der kleinen Landgemeinde Schönbach besteht nämlich seit etwa einem Jahr ein patriotischer Sport- und Spielverein, der kürzlich sein erstes Stiftungsfest feieren wollte. Es waren dazu recht feierliche Vorbereitungen getroffen und auch, wie das in Kreisen nun einmal nötig ist, die Gymnastik von Wärgemeister und Landrat eingeschaltet. Das Fest hätte sich in aller Form abspielen sollen, wenn die Herr Pfarrer eben nicht anders beschlossen gehabt hätte. In dem Festprogramm sollte in dem Orte nämlich eine sogenannte Mission stattfinden, und um die Wirkung derselben durch „fremde Elemente“ nicht abzuwachen zu lassen, verbot der Pfarrer die Festveranstaltung. Damit war die Sache erledigt. Die Vereinsmitglieder wagten nicht zu protestieren und man hat auch bisher noch nichts davon gehört, daß der Landrat irgend etwas gegen die selbstherrlichen Pfarrer unternommen hätte.

In der Kreis der schwerwichtigen Schnapsflut scheint demnach sogar der Landrat vorgehen zu gelten als der katholische Pfarrer.

— **Merkmale der Reichsleitung.** Die kirchliche Presse in Elsaß-Lothringen und hauptsächlich aus dem Nordosten zeigt ihre eigenartige Reichsleitung über die Bundesversammlung der Reichsleitung in allen Formeln gefeiert worden sein, die Reich, die dort an der Regierung geführt werden ist, in der gleich unaufrichtig und tendenziös Weise wieder. Wie von Straßburg mitteilt wird, wird den Reichsleitung die Gelegenheit gegeben werden, ihre Behauptungen vor Gericht zu beweisen.

### England.

Die Billkiste vor dem Unterhaus.

Im Unterhaus wurde über die Resolution zur königlichen Billkiste verhandelt, die in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Kommission die königlichen Bezüge auf 470.000 Pfund Sterling für den König und den königlichen Haushalt beläuft, ferner auf 10.000 Pfund für jeden Sohn, der das 21. Lebensjahr erreicht hat und nicht verheiratet ist, auf 15.000 Pfund im Fall der Verheiratung und auf 6000 Pfund jährliche Einkünfte für jede Tochter. Barnes (Arbeitervorteil)

sprach sich gegen die Resolution aus, weil die Einkünfte der Herzogtümer von Cornwall und Lancaster Staatsvermögen seien sollten und weil der Betrag der Billkiste unergänzungsfähig hoch sei. Ein Antrag Barnes, die künftige Billkiste von 470.000 Pfund auf 385.000 Pfund herabzusetzen, wurde mit 207 gegen 26 Stimmen abgeworfen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erhob Sir George die heftigsten Wädersprüche gegen die Anträge für die Kinder des Königs mit Ausnahme des Prinzen von Wales und begründete dieselben damit, daß diese großen Summen zu einem müßigen und luxuriösen Leben vertrieben, ohne daß von den Prinzen eine Gegenleistung verlangt würde. Lord George erklärte hierauf ausdrücklich, daß die königliche Familie sich bereitwillig dem öffentlichen Dienst zur Verfügung stelle. Schließlich wurde die Resolution über die Billkiste mit 197 gegen 19 Stimmen angenommen.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Kaiserrei um Zuegers „Erbe“.

In einer Verammlung des christlich-sozialen Vereins in Wien kam es nach einer Rede des christlich-sozialen Gemeinderats Nagler, der die Parteiführer wegen des faulen Ausganges in der Affäre Erbe heftig angriff, zu scharfen Auseinandersetzungen und schließlich zu einem Panegyrice zwischen den Anhängern Gehmanns und des Sozialdemokratischen Reichstages, der in einer Resolution aufgeführt worden war, endlich das Erbe Zuegers anzutreten. Die Anhänger Gehmanns wollten die Annahme dieser Resolution verhindern, wodurch ein Skandal und schließlich eine Kaiserrei entstand, der die Polizei ein Ende machte.

### Spanien.

Ein Attentat auf Maura.

Auf den früheren Ministerpräsidenten, den Erzaktionär Maura, wurden am Sonntag bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof in Barcelona angedeutet von einem „Anarchisten“ zwei Schüsse abgegeben, die ihn an Arm und Bein verwundeten.

Maura war um 1 1/2 Uhr mit dem Nobilitar Schelling angekommen. Als er den Wagen verließ und einen Freund umarmte, feuerte ein junger, schilfhaariger Mensch aus einer Browningspistole drei Schüsse auf ihn ab. Maura wurde am Arm und Bein, sein Freund am Bein verletzt. Der Täter wurde ergriffen und im Automobil des Generalkapitäns weggeführt. Maura wurde rasch auf das Schiff gebracht.

Der Angreifer Maura's, Wofa Moca, ist ein junger Bursche von 18 Jahren. Sein Vater und sein Bruder sind gleichfalls verhaftet worden. Die Polizei nahm eine Verhaftung vor, die ergebnislos verlief. Aus Anlaß der Ankunft Maura's waren von der Polizei strenge Maßregeln getroffen und besonders der Bahnhof sofort übermattet worden. Die Polizei hatte auch den Zug besetzt. Der Angriff erfolgte jedoch in so überhasteter Weise, daß ihn niemand verhindern konnte. Eine junge Dame, Maura's Cousine, warf sich nach dem zweiten Schuß auf den Angreifer und versuchte ihn festzuhalten. konnte ihn jedoch nicht verhindern, ein drittes Mal zu schießen. Polizisten und Gendarmen ergriffen dann Moca. Maura war mit seiner Frau und einigen anderen Verwandten gekommen. Der ebenfalls verwundete Freund Maura's Oliveira wurde mit Maura an Bord der Witamar gebracht. Nur Maura und politische Persönlichkeiten wurden an Bord gelassen und nur der Untersuchungsrichter erhielt Zutritt zu Maura. Der Arzt, welcher die Wunden am rechten Bein und linken Arm untersuchte, sagte fest, daß sie nur leicht seien. Die Witamar ging um 1 1/2 Uhr morgens nach Palma in See. In dem Revolver Moca's fanden sich vier noch nicht verbrauchte Patronen. Moca hat erklärt, es sei nicht seine Absicht gewesen, Maura zu treffen.

Mancherlei verdächtige Umstände bei dem Attentat lassen einen auf den Gedanken kommen, daß es von der Polizei bestellte Arbeit gewesen ist. Zum mindesten läßt der Herilkonferatiblen Reaktion so ein kleines Attentat sehr gelegen, um damit neue Unterdrückungsmaßregeln gegen das Volk „rechtsfertiger“ zu können.

### China.

Die Antwort auf das russisch-japanische Abkommen.

Die chinesische Regierung hat eine Verordnung erlassen, wonach sämtliche in den chinesischen Grenzorten lebenden russischen Staatsangehörigen binnen vierzehn Tagen das chinesische Territorium zu verlassen haben. Die Russen, welche großer Besätze, haben sich an die Petersburger Regierung um Hilfe gewandt.

### Aus der Partei.

Die Parteiorganisation zur Subjektgewinnung.

In der Mitgliederwahl des Sozialdemokratischen Vereins in Braunschweig teilgenommen der Parteisekretär Gessoffe Antritt den babilischen Disziplinbruch als reaktionäres Vorpost. Die Reaktionen scheinen damit zu rechnen, daß angeführt der glänzenden Zuständen auf die Reichstagswahlen die alten Parteigenossen, um eine Schädigung zu vermeiden, ein Auge zudrücken würden. Dieser Reaktionen würden sich aber getäuscht haben. Wenn dieser Disziplinbruch ohne Gegenmaßregel durchgeführt, so würden wir zu denselben Zuständen kommen, wie sie leider in Italien und Frankreich eingetreten seien. Dort hätten unsere Genossen wohl einige glänzende staatsmännisch begabte Redner in den Parlamenten, aber die große Masse der Arbeiter wäre dort wohl bedeutungslos und einflusslos. Er erjude die Parteigenossen, energisch dafür einzutreten, daß dem gefährlichen Verhalten der Reaktionen ein Ende gemacht werde, bevor es zu spät. — Gessoffe Dr. Jasper erklärt es für verfehlt, jetzt schon zu urteilen. Es sei vielmehr möglich, die Sache sachlich-friedlich zu regeln und man solle die Sache ruhig sein lassen, bis der Landesparteitag in Baden und der Reichsparteitag in Radeburg abgethan haben. Sämtliche weiteren Redner schlossen sich im wesentlichen den Ausführungen Antritts an.

Die Versammlung erklärte sich gegen wenige Stimmen dafür, daß den Delegierten ein gebündeltes Mandat erteilt werden solle in der Form, daß die Delegierten sich verpflichten müssen, für die Schließung der Parteitagsschließung und für die Verteilung der babilischen Abgeordneten einzutreten.

### Für die Subjektgewinnung

haben sich nach Berichten der Mannheimer Volksstimme mehrere babilische Parteiorganisationen ausgesprochen.

Eine im Generalkonferenzhaus in Heidelberg am Mittwoch voriger Woche stattgehabte Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins nahm an, so weit es in einem Bericht, auch Stellung zum babilischen Parteitag. Landtagsabgeordneter Maier be sprach die letzten Vorgänge im Landtag, nach Maier kamen zunächst die Gegner der Subjektgewinnung zum Wort. Als solche traten nur zwei Genossen auf. Einer von ihnen erkannte die schwierige Stellung der Genossen im Landtag an und hält den Nürnberger Beschluß nicht gerade für einen glücklichen. Im Interesse der Partei aber hätten die Abgeordneten sich dem Parteitagsschluß fügen sollen. Die nachfolgenden Diskussionsredner, sechs an der Zahl, hielten alle das Verhalten der sozialdemokratischen Partei. Zeitweilig stellten sie sich auf den Standpunkt, daß die Subjektgewinnung eine Angelegenheit sei, über die nur die Landesorganisationen zu entscheiden hätten. Schließlich nahm die gut besuchte Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen eine nachfolgende Resolution an:

„Die heutige Generalversammlung des Ortsvereins Heidelberg spricht der Landtagsaktion für ihre Tätigkeit während der verflochtenen Session Anerkennung und Dank aus. Sie hält die Abstimmung für das Budget angelehnt der politischen Situation für notwendig und ist um eine fortgesetzte liberale Politik in der Zukunft zu erbittern. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Subjektgewinnung keine Verwirklichung unserer Endziele bedeutet, sondern als logische Folge der praktischen Arbeiten in den Landesparlamenten zu betrachten und dementsprechend von Fall zu Fall zu entscheiden ist.“

Die Versammlung spricht ferner die Hoffnung aus, daß der deutsche Parteitag in Radeburg in Erkenntnis der Sachlage die Frage in leidenschaftlicher und objektiver Weise prüft und der Erklärung der 68 auf dem Nürnberger Parteitag die Zustimmung erteilt.“

In einer Mitgliederwahlversammlung des Sozialdemokratischen Kreisvereins in Braunschweig am 20. Oktober, die von dem ehemaligen Parteisekretär (Hed. Volkst.) auf die Beteiligung des Staatsbudgets durch die sozialdemokratische Landtagsaktion zu sprechen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner befriedigt aus über die Zustimmung unserer Vertreter zum Gemeindegeld, das ja immerhin, wenn es unteren Wählern auch nicht ganz entspricht, doch ein beachtenswerter Fortschritt sei. Das dem Staatsbudget zugestimmt werden ist, müßte als logische Folge der Situation aufrecht stehen, in der sich die Reaktion befindet in den letzten Tagen des Landtags. Lang, Marquardt, Hill und Schmidt erklärten, daß der sozialdemokratische Landtagsaktion für ihre Arbeiten Anerkennung zu sollen sei.

### Angenommen.

Der linksliberalen Berliner Volkszeitung, die sich natürlich der babilischen Budgetpolitik warm annimmt, sind, wie ich behauptet, aus sozialdemokratischen Kreisen nicht bloß Selbstzufriedenheit und Zufriedenheit, sondern auch Verunsicherung sehr temperamentovolle Zustimmungserklärungen gegangen. Drei von diesen Einsern haben uns dabei, wie möglich die Zuschriften als Symptome der Stimmung bezüglich auf unserer Information zur Kenntnis nehmen, nicht aber zur Veröffentlichung. Denn, so beneidet fastlich einer der Einser, ein diegenannter und bekannter Genosse: „Wenn es mein Zuschrift mit meinem Namen veröffentlicht, kann es mir schaden, daß mir von der zuständigen Instanz in meiner Parteiorganisation wegen „unzulässigen Mitarbeiterens an einem bürgerlichen Blatt“ (Dressener Beschluß) der Prozeß gemacht wird. Und obwohl ich persönlich die Folgen eines solchen Verfahrens nicht fürchte, so will ich doch die Partei vor einem solchen Vorfall schützen.“

Dieser um die Partei so ängstlich besorgte Ausgesandte hätte doch wirklich besser, die turanische Organisation zu verlassen, die ihm nicht gestattet, seine Organisationskräfte in der Bourgeoispreß abzulagern und die Sozialdemokratie zu beschönigen. Aber der Ausgesandte rednet wohl damit, die Partei noch einmal als Sprungbrett benutzen zu können, und deswegen heißt er uns „erhalten“. Georg Bernhard hat, verbunden mit diesen Mannesfellen, immer noch offen und ehrlich gehandelt.

### Zentral-Bibliothek.

Ausgaben: Dienstags, Donnerstags abends 8-9 Uhr und Sonntags von 10-12 Uhr.

Ausgabeort: Volkspark, Burgstraße 27, Bibliotheksnummer.

Verantwortlich für Inhalt: Politische Oberlehrer, Parteisekretäre, Ausland, Generalkonferenz, Heusen und Bernhardsche Partei, für Lokales, Provinziales und Versammlungsbüro Otto Riechert, Berlin in Halle.

### Ein Geilshag ersten Ranges

ist der Landheider Stahlbrunnen! So behauptet Gch. Meibald, der Dr. Dietrich eine längere Abhandlung über diesen eigenartigen Naturbrunnen, der vermöge seiner glücklichen Zusammenfügung eine Reihe von Wirkungen entfaltet, die ihn zur Anwendung bei ganzen Gruppen von Erkrankungen geeignet machen.“

Dankeswort nach erfolgter Kur: „Ich habe im letzten Jahre an Stomatitis, Nervenleiden, großer Nervenleiden, Verdauungs- und Magenleiden, Minderleiden und Gichtleiden; meine Kräfte gingen so zu Ende, daß ich meine Arbeit nicht mehr verrichten konnte. Durch den Gebrauch von 30 Flaschen Landheider Stahlbrunnen bin ich jetzt fast ganz wieder zu mir gekommen, daß ich alle Arbeiten verrichten kann.“ — „Ich bin es mit Recht, auch, daß durch dieses föhliche Wasser meine Gesundheit wieder erlangt haben.“ — „Ich gelte offen, daß ich seit dieser Kur erst weiß, wie es einem geunden Menschen zu Mut ist. Meine furchterlichen Kopfwehnen sind seitdem gänzlich verschwunden. Ich warne anfangs gar nicht, dem Wasser die Kraft zuschreiben, sondern glaube fast mehr an Einbildung. Aber heute kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß ich nur diesem Wasser mein Wohlsein verdanke.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichem Gebrauch sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieses Geilshages. Erwinchen im Saale mit Landheider Stahlbrunnen warm empfohlen. Seine Veranschaulichung. Ausführliche Mitteilungen über Herkunft, Anwendungsbereich und Bezug des Brunnens finden sich bei: Landheider Stahlbrunnen in Düsseldorf O. 133.



# Die kurze Kochzeit



# MAGGI'S Suppen

Kreuzstern

kommt der Hausfrau an den heißen Sommertagen ganz besonders zu nutzen. Nur mit Wasser erhitzt, gibt ein Büchel zu 10 Pf. in kürzester Zeit 2-3 Teller köstlicher Suppe.

Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Suppen mit dem „Kreuzstern“.









